

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 43

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Altenwall 51. Fernr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 25. Oktober 1919

Reklamen kosten die schlagspaltige Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pf. (Der
Betrag ist stets vorher einzuführen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

33. Jahrg.

Jetzige Auflage des Vereins-Anzeiger 50 000!

Die Verhandlungen zu einer weiteren Teuerungszulage.

Die am 18. Oktober im Reichsarbeitsministerium zu Berlin unter dem Vorsitz des Herrn Korvettenkapitän **Strie** geführten Verhandlungen gestalteten sich auch diesmal wieder außerordentlich schwierig, hauptsächlich schon deshalb, weil die Haltung des Arbeitgeberverbandes anscheinend wenig Wert darauf legte, daß durch beiderseitige Vereinbarung eine sichere Basis für eine befriedigende Lösung der Lohnfrage im Malergewerbe geschaffen wird. Das trat im Laufe der Verhandlungen immer deutlicher zum Vorschein, was zur Verschärfung der Situation wesentlich beitrug.

Kollege **Strie** begründete in treffenden Ausführungen die Notwendigkeit einer weiteren Zulage von 50 % die Stunde für alle Orte unter 100 000 Einwohnern und von 70 % für die Kollegen in den Großstädten. Gegenüber andern Berufsgruppen seien die Arbeiter des Maler-, Anstreichers-, Tüncher- und Weißbindergewerbes immer noch in der Lohnhöhe zurück; die Spannung betrage bis 50 und 70 % in einer Anzahl Lohngebieten. Die Verhältnisse zwingen unsere Mitglieder dazu, höhere Löhne zu fordern, darüber bedürfe es in diesem Kreise keiner besonderen Auseinandersetzung; auch dürfe nicht verkannt werden, wie groß Unwille bereits durch die lange Verzögerung der Verhandlungen ausgelöst worden sei. In den verschiedensten Orten sei deshalb auch durch örtliche Verhandlungen ein entsprechender Ausgleich versucht worden. Wenn wollte man nicht brüsk verhandeln; aber unter diesen Umständen sei das nicht mehr zu umgehen gewesen. Es gebe auch hier eine Grenze, die nicht überschritten werden dürfe. In vielen Orten, wo auf der Gegenseite die notwendige Einsicht vorhanden gewesen sei, wäre es kaum auch bereits zur Einigung gekommen. Zu erwarten wäre auch, daß durch eine Senkung der Materialpreise die Arbeitskonjunktur sich bessern werde.

Von den Arbeitgebern führte Herr **Russe** aus, daß sie nicht damit gerechnet hätten, daß noch einmal in diesem Jahre zentrale Verhandlungen wegen Lohnerrhöhung geführt werden würden. Nach seiner Ansicht hätten sich die Verhältnisse nicht so geändert, daß eine neue Forderung angebracht sei; so seien besonders die Lebensmittel etwas billiger geworden. Schon die Durchführung des Schiedsspruchs vom 18. Juli hätte große Schwierigkeiten gebracht. Er erinnere nur an Berlin, wo es ihm beinahe nicht mehr gelungen sei die Annahme zu erwirken. Eine neue Forderung sei für Berlin ganz ausgeschlossen. Das Vorgehen der Gehilfenschaft in einzelnen Orten, ohne die zentrale Verhandlung abzuwarten, hätte bei den Meistern große Erbitterung hervorgerufen. Er behaupte, daß von den Bezirksleitungen systematisch auf die örtliche Verhandlung in den einzelnen Orten hingearbeitet werde. Der Arbeitgeberverband sei zum Verhandeln bereit; aber die gestellten Forderungen müßten sie, ablehnen. Auch die Taktik, plötzlich mit so hohen Forderungen zu kommen, könnten sie nicht billigen. Die angekündigte Preisentlastung der Materialien wäre nicht erfolgt; zurzeit sei nicht einmal mehr Öl, Kreide und Leim zu erhalten; das Gewerbe sei weiter auf Erfah angewiesen. In Leipzig hätten die Gehilfen noch nicht einmal den letzten Schiedsspruch durchgeholt.

Kollege **Strie** ging darauf eingehend auf die vorgebrachten Behauptungen ein. So bewies er an der Hand zuverlässigen Materials, daß keine Verbilligung der Lebenshaltung eingetreten sei. Die von der Regierung bewilligten Milliarden hätten absolut nichts zur Preisentlastung beigetragen; auch die neue Bewilligung werde dies nicht ermöglichen. Die Notwendigkeit, endlich einmal mit den Bauarbeitern auf einen gleichen Lohn zu kommen, sollte doch von den Arbeitgebern eingesehen werden. Das dies möglich, geht schon daraus hervor, daß in zahlreichen Orten ohne Kampf diese

Forderung durchgeführt worden sei. Unsere neue Forderung sei absolut nicht zu hoch; sie bringe nur zum Teil einen Ausgleich, wenn sie zentral behandelt werde. Wir wollten die zentralen Verhandlungen abwarten, und auch unsere Bezirksleiter hätten nach dieser Richtung hin gewirkt; aber das Hinausziehen der Verhandlungen, trotzdem mehrmals im Baugewerbe verhandelt wurde, hätte in unsern Kollegentreifen sehr verbitternd gewirkt. In Leipzig sei von allen maßgebenden Firmen die rückständige Nachzahlung erfolgt. Von unsern Bezirksleitern wurde der Vorwurf energisch zurückgewiesen, daß sie an der Verschärfung der Situation die Schuld trügen. Überall stiegen die Löhne; ungelernete Arbeiter hätten vielfach höhere Löhne als bei uns die gelernten Gehilfen; bis 77 % sei die Differenz der Stundenlöhne gestiegen. Nur da, wo das ablehnende Verhalten der Arbeitgeber ein zu schnelles war, sei es zu einer kurzen Arbeitsniederlegung gekommen. Kollege **Brauer** wies noch auf einer amtlichen Feststellung in Düsseldorf nach, daß vom 1. April dieses Jahres bis zum 1. September allein bei rationierten Lebensmitteln eine Preissteigerung von 46 % erfolgt ist, ganz zu schweigen von den Preisen für Arbeitskleidung, Schuhe, Sohlen usw. Im Baugewerbe seien ebenfalls die Preise für Materialien; aber trotzdem würden die Löhne erhöht. Deshalb könnten auch unsere Kollegen nicht zurückstehen.

Herr **Russe** bestritt, daß von ihnen eine Verschleppung beabsichtigt wäre. Schon vor Festsetzung des ersten Termins wären in München, Mannheim, Gieschberg usw. von den Gehilfen neue Forderungen gestellt worden. Dazu käme, daß in manchen Orten versucht werde, die Regiarbeit einzuführen und das Malergewerbe zu sozialisieren.

Kollege **Strie** erklärte noch, daß die vorhandene Erbitterung besonders durch die Verzögerung der Verhandlungen gekommen sei. An der Tatsache, daß unsere Verhältnisse sich seit Juli weiter verschlechtert hätten, könne nicht getüttelt werden. Unsere Forderung sei nur zu berechtigt in Anbetracht der heutigen Lage.

Auf die Anfrage des Vorsitzenden, ob nun zentral oder lokal verhandelt werden solle, erklärten sich die Arbeitgeber für zentrale Verhandlung, nur könnten sie sich nicht für die gestellte Höhe der Forderung erklären. Der Vorsitzende betonte, daß noch nicht ganz klar wäre, ob eine Gleichstellung mit den Bauarbeiterlöhnen jetzt möglich sei. Doch sei nicht von der Hand zu weisen, daß allgemein eine weitere schärfere Teuerung eingetreten wäre. Für Angestellte, Eisenbahner usw. sei beabsichtigt, insofern der Teuerung eine einmalige Entschuldigsumme auszugeben. Die Verschärfung der Situation mache sich auch in allen übrigen Gewerben bemerkbar. Kollege **Strie** zeichnete nochmals die Lage unserer Kollegen gegenüber andern Arbeiterkategorien und betonte, daß schon aus Gründen des Allgemeinwohls unsere Berufsgruppen mit ihren Löhnen nicht zurückbleiben können, während Schieber, Wucherer und andere Ausbeuter rücksichtslos das Volk ausnützen. Es sei eine Kombination von zentraler und örtlicher Regelung zu empfehlen. Die Arbeitgeber lehnten dies ab; in 8 Monaten sollen neue Tarifverhandlungen stattfinden, da könnten sie jetzt keine so hohen Forderungen annehmen, sie könnten darauf kein Angebot machen. Kollege **Strie** konstatierte, daß, nachdem schon eine Reihe von Städten 80 und 40 % bewilligt, und andere den Bauarbeiterlohn durchgeführt haben, diese Erklärung eine direkte Zurückweisung jeglicher Verhandlungen bedeute.

Nach längerer Einzelberatung der Arbeitgeber gab Herr **Krause** bekannt, daß die Arbeitgeber bereit wären, folgendes Angebot bei ihren Mitgliedern zu vertreten: „20 % für die Orte unter 100 000 Einwohnern und 30 % für die Orte über 100 000 Einwohner. Das Abkommen solle am 1. November dieses Jahres in Kraft treten.“ Ohne vorerst in eine Sonder-

beratung über dieses Angebot einzutreten, wurde es als vollständig ungenügend von den Vertretern der Gehilfenschaft abgelehnt, worauf eine Pause eintrat.

Nach eingehender Beratung wurde vom Kollegen **Streine** der Antrag unterbreitet, die zentralen Sätze auf 40 und 50 % festzusetzen, wenn in bestimmten Orten, wo die Spannung gegenüber den Bauarbeiterlöhnen eine zu große sei, ein besonderer Ausgleich durch einen örtlichen Zuschlag erfolgen würde. Wegen dieses Vorschlag wandten sich mehrere Arbeitgebervertreter, worauf der Vorsitzende den Vorschlag machte, den zentralen Zuschlagssatz von 80 und 40 % anzunehmen und den Sonderzuschlag auf bestimmte Orte in Höhe von 10 % festzusetzen. Dann könnte vom 1. Oktober ab die Anzahlung erfolgen. Herr **Krause** erklärte, versuchen zu wollen, für die Annahme von 80 und 40 % Zuschlag pro Stunde, einzutreten; alles übrige müsse er ablehnen, da doch eine gründliche Regelung der Frage betreffend Gleichstellung mit den Bauarbeiterlöhnen im Frühjahr, bei den neuen Tarifverhandlungen, erfolgen solle. Kollege **Strie** hob besonders hervor, daß nach dem Vorschlag des Vorsitzenden die Spannung zwischen unsern Löhnen und denen der Bauarbeiter eine noch größere werden würde; so bliebe Berlin immer noch um 80 % zurück; München, die drittgrößte Stadt Deutschlands, müßte doch unbedingt im Lohnsatz ausgebaut werden, usw. Nicht was nächstes Jahr die Arbeitgeber zahlen wollen könne für uns jetzt in Betracht, sondern was sofort geleistet werden müsse, spiele die größte Rolle. In außerordentlich über und leidenschaftlicher Weise folgten nun die gemeinsamen Beratungen und Sonderberatungen, die sich bis abends 9 1/2 Uhr hinzogen. Ueber den Satz von 80 und 40 % Zulage pro Stunde wollten die Arbeitgeber nicht hinausgehen; auch eine Nachzahlung vom 1. Oktober an lehnten sie ab; ebenso die von uns geforderte Zulage von 10 % für 22 Lohngebiete; hier mit wollten sich die Arbeitgeber nicht einverstanden erklären. Scharf kennzeichneten die Bezirksleiter die Lage draußen und versicherten, daß es sich in Wirklichkeit ganz anders verhält, als hier von verschiedenen Vertretern des Arbeitgeberverbandes geschildert worden sei. Wenn es zum Äußersten kommen soll, an uns habe es nicht gelegen, wenn dies nicht verhindert worden sei. Auch uns befriedigen die Verhandlungen nicht, aber was notwendig sei im Interesse der Existenz der gesamten Gehilfenschaft, müsse durchgeführt werden.

Nach einem Vermittlungsvorschlag der Gehilfenvertretung auf Herabsetzung der zentralen Zulage um 10 % für Landstädte (ausgenommen Kur- und Badeorte und Industriestädte) unter 25 000 Einwohnern und verschiedenen Vorschlägen, kam nach vielen Bemühungen des Vorsitzenden schließlich folgende Vereinbarung zustande:

Den Gehilfen wird zu den in der Verhandlung vom 29. April, 2. Juni und Schiedsspruch vom 18. Juli dieses Jahres festgesetzten Zuschlägen eine weitere Zulage gewährt. Diese beträgt für Lohngebiete über 100 000 Einwohner 40 %, für Lohngebiete unter 100 000 Einwohnern 30 % pro Stunde. Für Landstädte unter 25 000 Einwohner, soweit sie nicht Kur- und Badeorte oder Industriestädte sind, 20 %. Welche Orte Kur- und Badeorte oder Industriestädte sind, bestimmen die beiderseitigen örtlichen Verbände, im Streitfall die Tarifinstanzen.

In folgenden 22 Lohngebieten: Berlin, Brandenburg, Waldenburg, Weißwasser, Gesehacht, Bueburg, Rostock, Schwerin, Bremen, Hamburg, Altenburg, Meiningen, Weimar, Reiz, Zittau, Zwickau, Ludwigslurg, Juffenhäusen, Mannheim-Ludwigsl.

hasen, München, Reichenhall, Garmisch-Partenkirchen wird ein weiterer Zuschlag von 10 %, also 40 %, beziehungsweise 50 % gewährt.

Die Erhöhung tritt bis zum 1. November 1919 in Kraft. Beide Parteien werden sich dem Arbeitsministerium gegenüber bis zum 30. Oktober 1919 über die Annahme erklären. Wir kommen nochmals auf die Verhandlungen zurück.

Die Siedlungsfrage.

Vorher am 9. November vorigen Jahres unser Zusammenbruch offen zu Tage trat, zu einer Zeit also, in der es noch Menschen gab, die in schwerer Verlehnung unserer wirklichen Lage noch an einen glimpflichen Ausgang des Krieges oder wohl gar noch an einen Sieg glaubten, wurde die deutsche Öffentlichkeit von einer eingehenden Erörterung über die Fragen der kommenden Neuorientierung in Anspruch genommen. Die Gedankengänge, die hierbei entwickelt wurden, erstreckten sich auf die verschiedenartigsten Gebiete des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, und die Tendenz aller Ausführungen war der Hinweis auf die Notwendigkeit der Kräfteammlung, der Wiederaufrichtung unseres zerstörten Wirtschaftslebens, der Kräftigung des Bevölkerungsstandes. Schon damals war die Erkenntnis unserer Verluste an Menschen und wirtschaftlichen Werten allgemein, und die in der Öffentlichkeit hervortretenden Vorschläge wiesen auf die Maßnahmen hin, die im Interesse der notwendigen Wiedergesundung unserer durch den Krieg schwer erschütterten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu ergreifen sein würden. Hierbei traten nun im einzelnen recht brauchbare und beherzigenwerte Gedanken und Anregungen hervor, und im ganzen ließ die vielseitige Erörterung dieser Frage erkennen, wie tief in allen Schichten der Bevölkerung das Bedürfnis für die Rückkehr zum Frieden und zu geordneten Verhältnissen empfunden wurde.

Und doch ging die damalige Debatte über die kommende Neuorientierung zum überwiegenden Teile von irrigen Voraussetzungen aus und kam daher zu falschen Schlussfolgerungen, weil die Ausführungen fast durchweg noch von der optimistischen Auffassung getragen wurden, daß aus dem Kriege ein freies Deutschland hervorgehen würde, das in den Fragen seiner politischen und wirtschaftlichen Zukunftsgestaltung Herr seiner eigenen Entschlüsse bleiben würde. Wenn man auch damals schon mit einer erheblichen Schwächung unserer Volkskraft rechnete, so hat man doch nicht einen so völligen Zusammenbruch unserer politischen und wirtschaftlichen Macht erwartet, wie er nunmehr leider zur Tatsache geworden ist.

Inzwischen ist nun die Katastrophe eingetreten, und damit sind viele, die vorher den Ernst unserer Lage nicht erkannten, zu der Erkenntnis gekommen, daß die Neuorientierung, die nunmehr notwendig sein wird, wesentlich anders aussieht und sich unter viel schwierigeren Umständen vollziehen muß, als es vor dem 9. November angenommen wurde. Es wird aus manchem der Pläne, die damals erörtert wurden, nichts werden, weil wir durch den „Friedensvertrag“ in eine drückende Abhängigkeit gegenüber den feindlichen Mächten geraten sind. Wir haben harte Verpflichtungen zu erfüllen, die uns im Hinblick auf die durch den Krieg verursachten Verluste an Menschen und Vermögen aufs äußerste bedrücken, und das Schlimmste an unserer Lage ist die Tatsache, daß sich auf absehbare Zeit hinaus kaum eine Aussicht bietet auf die so notwendige Wiedergesundung unseres zerstörten Wirtschaftslebens. Denn alle Entscheidung in den Fragen unserer Weiterentwicklung ist, nicht zuletzt auch in wirtschaftlicher Hinsicht, in die Hände unserer siegreichen Gegner gegeben.

Deutschlands Lage ist nach diesem Zusammenbruch in jeder Beziehung trostlos, und wir dürfen uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß wir im Hinblick auf den Verlust aller politischen Macht und unter der Wirkung der über uns verhängten wirtschaftlichen Absperrung nur wenig tun können, um uns aus eigener Kraft heraus wieder aus unserer bedrängten Lage zu befreien. Und doch muß noch alles geschehen, was in unsern Kräften steht, um unser Volk aus der jetzigen Tiefe wieder emporzuführen, um den fortschreitenden Prozeß der Rückentwicklung und Verarmung aufzuhalten, und um die Volksgesundheit vor den aus dem Kriege hervorgegangenen Gefahren des Verfalls zu bewahren.

Eine der wichtigsten Aufgaben liegt hier auf dem Gebiete des Siedlungswesens. Der mehr und mehr fortschreitende Prozeß der Industrialisierung hat große Teile der Bevölkerung der Scholle und dem Naturleben entfremdet und sie in Lebensverhältnisse gedrängt, wie sie für das großstädtische Industrie-Proletariat typisch sind. In der Lebenshaltung der Großstadtbevölkerung ist allmählich jeder Zusammenhang mit der nährenden Erdscholle verlorengegangen, und die Entwicklung der Ernährungswirtschaft während des Krieges hat gezeigt, in wie starkem Grade die städtische Bevölkerung in ihrer Lebenshaltung vom flachen Lande und von den agrarischen Interessentenschichten abhängig ist. Notwendig ist es, daß in der Stadt in weitaus höherem Grade und unter weit schädlicheren Wirkungen in die Erscheinung

getreten als auf dem Lande, und vor allem war die Stadtbevölkerung wehrlos der von den agrarischen Interessentenschichten dirigierten Preispolitik ausgeliefert.

Hier erhebt sich die dringende Forderung nach einem Ausgleich, der das ganz auf der einen Seite liegende Übergewicht zugunsten der bisher durch seine Abhängigkeit benachteiligten Teile der Bevölkerung verschiebt.

Wir brauchen mehr Bauermland, das in erweitertem Maße das gesunde Aufblühen der Familien ermöglicht. Vor allem aber hat der Krieg uns gelehrt, daß wir dringend auf eine weitgehende Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion angewiesen sind; denn der Beweis, daß die deutsche Landwirtschaft in ihrer heutigen Organisation und in ihrem jetzigen Umfange das deutsche Volk nicht ausreichend zu ernähren vermag, ist durch den Krieg zur Genüge erbracht worden. Jede Möglichkeit, die eine Steigerung der Erzeugung verspricht, ist daher zu fördern; die Regierung muß hier neue Wege wandeln, um die Privilegien des Großgrundbesitzes zu Gunsten kleiner selbständiger bäuerlicher Existenzen einzuschränken und durch die Hebung der inneren Kolonisation dem Volksganzen eine gesicherte Basis der Ernährungswirtschaft zu schaffen.

Das alles ist nach den Opfern und Verlusten des Krieges zur Wiedergesundung des Volkes dringend notwendig. Aber durch den unglücklichen Ausgang des Krieges, der uns politisch und wirtschaftlich zur Ohnmacht und Abhängigkeit herabgedrückt hat, sind noch andere zwingende Notwendigkeiten für eine durchgreifende Agrarreform geschaffen worden. Unsere auf den Bedingungen der Industrieerzeugung und der Warenausfuhr aufgebaute Volkswirtschaft ist durch den Krieg nahezu vernichtet worden. Mit dem Erlöschen der Kriegswirtschaft sind die Betriebe beschäftigungslos geworden. Unser Warenmarkt ist von den notwendigen Rohstoffen entblößt, die Gestaltung unseres zukünftigen weltwirtschaftlichen Verhältnisses ist noch ganz ungewiß, und es besteht auf längere Zeit hinaus keine Aussicht darauf, daß unser Wirtschaftsleben auch nur annähernd den Friedensstand wieder erreichen könnte.

Damit stehen wir vor dem Gespenst der Arbeitslosigkeit und ein Ausblick auf die unerfreulichsten sozialen Erscheinungen tut sich auf. Zahllose Berufe sind mit dem Meer ihrer Arbeiter und Angestellten beschäftigungslos geworden und Millionen von kleinen Existenzen wurden brotlos gemacht. Die Gegenwart bietet hierfür recht unerfreuliche Beweise und es ist leider nicht zuviel gesagt, daß der größere Teil des deutschen Volkes durch den Krieg, durch unsern politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch beschäftigungslos geworden ist. Die Arbeitslosenunterstützung, die gegenwärtig vom Reich gezahlt wird, kann nur als ein Nothelfer betrachtet werden. Denn wie wäre eine solche Maßnahme in ihrem jetzigen Umfang aufrechtzuerhalten? Es müssen neue Möglichkeiten wertschöpfender Arbeit gefunden werden. Wenn auch die schwache Hoffnung besteht, daß sich nach dem endgültigen Friedensschluß unser tief darnieder liegendes Wirtschaftsleben wieder etwas hebt, daß uns die Einfuhr von Rohstoffen und die Ausfuhr von Waren im beschränkten Umfange wieder möglich sein wird, so ist auf Jahre hinaus doch mit einer weiter bestehenden Teuerung und dürftigen Lebenshaltung und mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß zahlreiche Arbeitskräfte der Industrie und Technik nicht in ihrer bisherigen Berufstätigkeit beschäftigt werden können.

Hier muß eine Ablenkung auf das Land hin erfolgen, und dieser Notwendigkeit kommt die Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland nach. Um die Beschaffung solchen Siedlungslandes praktisch durchzuführen zu können, sieht die Verordnung die neue Einrichtung der „Landlieferungsverbände“ vor. Sie versteht darunter den Zusammenschluß der Großgrundbesitzer in denjenigen Ansiedlungsbereichen, in welchen die großen Güter von mehr als 100 ha mehr als 10 pSt. der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche umfassen. Diese mit Korporationsrechten ausgestatteten Landlieferungsverbände sind dazu berufen, auf Verlangen des gemeinnützigen Siedlungsunternehmens zu Siedlungszwecken geeignetes Land aus dem Bestande der großen Güter zu einem angemessenen Preis abzugeben. Sobald ein Drittel der Gesamt nutzfläche der großen Güter einschließlich der Domänen für Siedlungszwecke bereitgestellt ist, ist die Verpflichtung des Landlieferungsverbandes erfüllt. Immerhin würden auf diese Weise die Landlieferungsverbände zu liefern haben: In Ostpreußen bis zu 800 000 ha, in Westpreußen bis zu 200 000 ha, in Brandenburg 240 000 ha, Pommern 340 000 ha, Schlesien 270 000 ha, Provinz Sachsen 140 000 ha, Schleswig-Holstein 70 000 ha. Hinzu kämen noch ungefähr 100 000 ha staatliche Domänen und weitere 100 000 ha Moor- und Heideflächen, die der Urbarmachung harren. Deutschland mußte vor dem Kriege zur Bewältigung der Landarbeit ganze Armeen ausländischer Arbeiter heranziehen. So betrug deren Zahl 1918/14 z. B. 487 000.

Im Hinblick auf das für die nächsten Jahre mit Sicherheit noch zu erwartende Brachliegen der industriellen Arbeitskräfte ist es dringend nötig, daß diese fremden Arbeiter durch einheimische ersetzt werden. Die unausbleibliche Folge der Arbeitslosigkeit wäre die Auswanderung eines großen Teiles der Bevölkerung. Um dem vorzubeugen, soll mit der Siedlungsverordnung die gesetzliche Grundlage für die Schaffung

machung der Arbeiter auf dem Lande geschaffen werden. Zahllosen Familien wird hierdurch die Überführung von der Stadt auf das Land möglich gemacht und ihnen hiermit die Gelegenheit gegeben, auf eigenem Grund und Boden ein eigenes Heim zu schaffen, das den Anforderungen einer gesunden Lebenshaltung besser entspricht als die Berufs- und Wohnungsverhältnisse in der Stadt.

Der Gewerkschaftskampf als Kulturfaktor.

Das Leben ist ein großes Ineinandergreifen von Dingen und Streben, ein Kampf um die niedrigsten Ziele wie um die höchsten Ideale. Und wie die Ziele verschieden sind in ihrer Höhe und Weite, so sind auch verschieden die Kräfte, die zu diesen Zielen streben. Es kann kalter, nackter Egoismus sein und höchste, selbstloseste Begeisterung.

Innerhalb dieser Grenzen nun bewegt sich das Leben; in diesen Grenzen liegt auch das proletarische Los. Natürlich ist nach Spieker Ansicht das Ziel proletarischen Strebens nur niedrig, ebenso niedrig wie der Trieb, der auf das Ziel gerichtet ist. So urteilen diese Spieker-Spieker, auch wenn die höchste Gelehrsamkeit ihnen eingepaukt wurde, weil ihr Vater es sich leisten konnte. Abinnen sie auch anders urteilen, diese Menschen der konventionellen Lügen und des heuchelnden Phrasentums, diese Menschen der Gegenwart und der Zufriedenheit? Können sie urteilen über eine ihrem Wesen so ganz fremde Welt, die Welt der Schlichtheit und Natürlichkeit, die Welt des ewigen Werdens und Wachstums, die Welt des Sehens nach Freiheit und Brüderlichkeit? Ebenso wie der Kapitalismus rein materiell Klassen schuf unter den Menschen, ebenso schuf er auch Klassen in der Welt des Fühlens und Denkens und Sehens. Naturnotwendig sind diese Anschauungswelten verschieden, und naturnotwendig liegt die Wahrheit, Reinheit, Natürlichkeit, Stillschuldigkeit dort geborgen, wo das Leben an tiefsten geformt und gebildet hat.

Es war ein natürlicher Instinkt bei allen großen Heilsverkündern, daß sie sich vor allem, wie auch Jesus, an das Volk wandten, an die Menschen des Lebens ohne künstliche Beeinflussung. Da, wo das Herz des sehenden Volkes ist, da ruht der Keim stiftlichen Weltwachstums.

Auch im proletarischen Volke gibt es natürlich jene Menschen des Augenblicks und der Zufriedenheit. Wenn sie ihr eigenes Ich eher einfügen in eine Ideenwelt, wenn sie ihr Glück ersehen als ein Stück eines Gemeinwirtschafts Glücks, dann sind sie Keime des Wachstums der stiftlichen Weltidee, die Träger einer stiftlichen Weltentwicklung.

Und so ist der gewerkschaftliche Kampf im tiefsten Grunde nicht ein rein materielles Streben, wie der Spieker es sich denkt; er bedeutet das Wären einer neuen stiftlichen Kraft, die Wehen zur Geburt von Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit, Einheit. Nur von unten auf wachsen Seele, Geist, Glück.

Dr. Gustav Hoffmann.

Die Aussichten unserer Volksernährung für den Winter

geben Anlaß zu den verschiedensten Erörterungen in der Presse. Bestimmen sehen die Lage als sehr unglücklich an und glauben, daß wir im Winter das Schlimmste befürchten müssen. Sie gehen davon aus, daß bei den fortgesetzten Streiks unsere Lage sich nur noch verschlimmern werde. Sie glauben nicht daran, daß es möglich sein wird, noch bis zum Eintritt des Frostes genügend Kartoffeln und Getreide in die Städte zu schaffen, und daß wir dann im Winter schlimme Tage erleben müssen. Optimisten sind der gegenteiligen Ansicht. Sie gehen davon aus, daß wir eine verhältnismäßig günstige Ernte haben, Sachverständige behaupten, daß sowohl die Getreide- als auch die Kartoffelernte eine bessere als im vorigen Jahre ist, daß dazu Lieferungen aus dem Auslande zu erwarten sind, und daß man deshalb nicht allzu trübe in die Zukunft zu sehen braucht. Beide Ansichten haben, wie uns von sachverständiger Seite geschrieben wird, einen berechtigten und einen unberechtigten Kern. Wahr ist, daß unsere Ernte verhältnismäßig günstig ausgefallen ist. Schon im vorigen Jahre war es uns möglich, die erhöhte Produktion während des ganzen Jahres auszugeben und bis zum neuen Erntejahr durchzuhalten. In diesem Jahre scheint das Getreide noch besser ausgefallen zu sein, wobei allerdings in Betracht zu ziehen ist, daß besonders durch die abzutretenden Gebiete im Osten auch wieder ein gewisser Ausfall zu verzeichnen ist. Die Kartoffelernte ist weniger zufriedenstellend. Sie ist mehrfach gut, in manchen Gegenden sogar sehr gut ausgefallen. Aber im für die Kartoffelversorgung maßgebenden Osten haben wir einen Ausfall zu verzeichnen. Wichtig ist auch, daß wir voranschaulich im Auslande noch Lebensmittel auslaufen können. Der Stand unserer Valuta gestattet uns jedoch nicht, so viel Lebensmittel einzuführen, wie wir möchten. Aber genügend Lebensmittel sind vorhanden. Befürchtungen, daß die Menge nicht reicht, braucht man nicht zu hegen. Es kommt nur darauf an, ob die Bestimmen recht haben, daß die Transport-schwierigkeiten immer größer werden, und daß es deshalb nicht gelingt, die vorhandenen Lebensmittel in die Städte zu schaffen. Das scheint die Kernfrage für die Versorgung der Bevölkerung im kommenden Winter zu sein. Die Regierung tut alles, was in ihren Kräften steht, um die Schwierigkeiten zu beheben. In diesen Tagen hat Eisenbahnminister Dezer angekündigt, daß mehrere Schnellzüge ausfallen müssen, und daß es so weit kommen kann, daß der Personenverkehr bis auf wenige Ausnahmen eingestellt werden muß. Diese Maßnahmen werden jedoch nicht allein genügen. Es wird notwendig sein, die Leistungen unserer Eisenbahn noch gewaltig zu steigern. Die Transporte von Lebensmitteln häufen sich in den nächsten Wochen: die Kartoffeln müssen vor dem Frost in die Städte gebracht werden, die Winterernte steht vor der Tür, und es muß genügend Getreide in die Lager gebracht werden, um für den Winter Brot zu haben. Es bedarf gerade deshalb in den nächsten Tagen der Anspannung

aller Kräfte, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Die Ver- arbeiter müssen dafür die Grundlage schaffen und die not- wendigen Kohlen liefern.

Die Eisenbahnverhältnisse müssen mit Hochdruck läßt sein, die dort in Reparatur befindlichen Lokomotoren und Wagen un- ablässig schnell herauszubekommen. Die Eisenbahnarbeiter werden es in Kauf nehmen müssen, in nächster Zeit im Interesse der Bevölkerung noch intensiver als bisher zu arbeiten. Im Transportgewerbe darf keine Störung eintreten, weil zunächst die Produkte zur Bahn und von der Bahn wieder den Händlern und dem laienenden Publikum zugeführt werden müssen. Das natürlich auf dem Bande jeder einzelne seine Straß hergeben muß, um Kartoffeln und Rüben zu ernten, Getreide zu Dreschen und sonstige notwendige Arbeiten zu ver- richten, bedarf seiner besonderen Erwähnung. Wenn es möglich ist, die Transportverhältnisse zu verbessern, bekommt auch unsere verarbeitende Industrie wieder genügend Kohlen und Rohmaterialien, so daß Mehl, Rohmilch, Marmelade, Mar- garine und dergleichen hergestellt werden können. Wägen alle Verbesserungsmaßnahmen sich des Grades der Situation bewußt sein! Wenn im Winter die Versorgung uns Schwierigkeiten machen würde, dann müßte sich jeder einzeln fragen, ob er nicht durch sein Verhalten mit verschuldet hat. Jetzt arbeitet jeder einzelne nicht nur im Familieninteresse, sondern für sich und für die Sicherstellung der Ernährung seiner Familie.

Lohnbewegungen und Streiks.

Brandenburg. Unsere Kollegen haben beschlußgemäß ihren mit den Industriellen abgeschlossenen Tarif am 18. Sep- tember zum 1. Oktober gekündigt. Der Grund dazu waren die auch für herrschenden Teuerungsverhältnisse, die schon längst unzuliefernd unter den Kollegen gebracht hatten. Der ge- kündigte Tarif sah als Mindestlohn M. 1,55 vor (natürlich nur in der Fabrik-, Maschinen- und Fleischwarenindustrie). Da nun ähnliche Verufe in den Betrieben ihre Tarife zum 1. Oktober gekündigt hatten, schlossen sich die Maler und Lackierer hierbon nicht aus und stellten ebenfalls neue erhöhte Forderungen. Es wurde verlangt: Für Maler und Lackierer M. 2,40, bis 21 Jahre M. 2,90 und 1 Jahr nach der Lehre M. 1,60 pro Stunde. Am 26. September begannen die Ver- handlungen. Es schien, als ob keine Einigung erzielt würde; die Parteien gingen respektlos auseinander, trotzdem der un- partiellste Gewerbegerichtsrat Brenner sich die größte Mühe gab, die Verhandlungen zu einem günstigen Resultat zu führen. Nachmittags wurden die Parteien ganz unerwartet wieder zu- sammengerufen und es unterbreitete der Vorsitzende der Indu- striellen folgenden Vorschlag: Alle Akkorde bleiben bestehen. Für Akkorde, die über M. 2 liegen, wird ein Zuschlag von 40 % gezahlt, für Akkorde unter M. 2 ein solcher von 45 % pro Stunde. Arbeiter, die längere Zeit dieselben Arbeiten ver- richten, werden diesen gleichgestellt. Arbeiter, die im Lohn beschäftigt werden, erhalten M. 2,80 pro Stunde. Ueberstunden werden mit 40 % und Sonntagsarbeiten mit 80 % Zuschlag bezahlt. Bei Frauen über 18 Jahre ist die Akkordbasis auf M. 1,25 festgelegt mit einem Zuschlag von 10 %. Im Lohn beschäftigte Frauen erhalten pro Stunde M. 1 mit einem Zu- schlag von 20 %. Ueber diese Vorschläge wurden die Parteien sich einig, auch von unsern Kollegen wurden sie angenommen. Der Vertrag gilt für die Dauer eines Jahres mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1919 bis 1. Oktober 1920 und kann 14 Tage vorher von einer der beiden vertragschließenden Par- teien gekündigt werden. Wird er nicht gekündigt, läuft er je einen Monat automatisch weiter. Während der Kündigungs- frist treten die Parteien zu neuen Beratungen zusammen. — Bei den Holzarbeitern dagegen haben sich die Verhältnisse ver- schärft. Einige Betriebe sperren aus, wodurch auch unsere Kollegen in Mitleidenschaft gezogen sind. Es handelt sich hauptsächlich bei den Holzarbeitern um Anerkennung ihres Mindesttarifs.

In Prenzlau legten unsere Kollegen am 18. Oktober die Arbeit nieder. Die sofort eingeleitete Verhandlung führte zu dem Ergebnis, daß der Stundenlohn sofort auf M. 2,70 und vom 1. November an auf M. 3 erhöht wurde. Für Ueberstunden 60 pSt. und für Sonntagsarbeit 100 pSt. Zuschlag.

Sektion der Lackierer Berlin.

Innerhalb der Metallindustrie von Groß-Berlin wird zur- zeit ein Kampf geführt, wie er in den letzten 10 Jahren nicht zu verzeichnen gewesen ist. Durch das sogenannte Kollektiv- abkommen, das im Dezember 1918 abgeschlossen wurde, sollte den Arbeitern eine gewisse Gleichberechtigung zustehen. Leider mußte nach kurzer Zeit festgestellt werden, daß dieser Kollektiv- vertrag mehr ein Deklarationsstück als alles andere ist; auch unsere Berufskollegen mußten trotz des Abkommens für ihren Lohn oft die Beschwerdestellen des Schlichtungsausschusses anrufen.

Noch heute, nachdem dieses Lohnabkommen seit 1. Juni 1919 gekündigt ist, führen unsere Kollegen einzelner Betriebe, zum Beispiel bei der Firma Löwe, Berlin, noch Klage betreffs Zah- lung rückwirkender Löhne. Der Tarif sah vor für Lackierer und Maler in Lokomotivfabriken die Akkordbasis von M. 8, für alle andern Lackierer und Maler in der Metallindustrie M. 2,60; für Anstreicher, Schwarzstreicher, Grundierer und Spachtler Akkordbasis M. 2,10, in Lohn 15 pSt. weniger. Man versucht sogar, den gelehrten Kollegen ihren Verus abzu- sprechen. Bei einer Entscheidung vor dem Hauptauschuß wurde folgendes Urteil gefällt: Solche Arbeiter, die nur spachteln und streichen, aber nicht lackieren, fallen unter die Akkordbasis M. 2,10; das heißt, wenn ein Gelehrter diese Arbeiten aus- führt, würde er ebenfalls unter diese Gruppe fallen. Wäghin würde nach dieser Entscheidung nur derjenige als Gelehrter in Frage kommen, der lediglich lackiert oder den letzten Lackanstrich ausführt. Sämtliche Kontrahenten, die ebenfalls unter dem Kollektivvertrag arbeiten, hatten dieses Lohnabkommen zum 1. Juli 1919 gekündigt. Von Seiten der Arbeitnehmer wurden 8 Gruppen gebildet, und zwar: Gelehrte M. 3,50, Angelehrte M. 3,20 und Ungelehrte M. 3. Nach langwierigen Verhand- lungen mit den Industriellen wurde am 21. August 1919 ein Gleichschluß erzielt, der 6 Gruppen vorsah, und zwar in der ersten Klasse M. 8, in der zweiten Klasse M. 2,80, in der dritten Klasse M. 2,60, in der vierten Klasse M. 2,40 und in der fünften Klasse M. 2,20. Je nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen

Arbeiter werden zu den Einstellungsstufen in der ersten bis vierten Lohnklasse 3 Zuschläge von je 10 % in der fünften Lohnklasse 3 Zuschläge von je 5 % gezahlt. Der erste Zuschlag von 10 % beziehungsweise von 5 % wird nach 6 Arbeitsjahren vom Tage der Einstellung an gezahlt nach Befristung der Leistungsfähig- keit. Um die andern beiden Zuschläge von je 10 % zu erreichen müßte der einzelne Arbeiter erst außergewöhnliche Fähigkeiten und Leistungen aufweisen, mithin hängen die weiteren beiden Zuschläge in der Luft. Die Einkürzung der einzelnen Gruppen in die vorgesehnen Lohnklassen sollte bis zum 5. Sep- tember 1919 erfolgen. Bei diesen Verhandlungen zeigte sich erneut der Widerstand der Industrieführer. Man veruchte, die einzelnen Kategorien in niedrigere Klassen einzuteilen, als bereits Abneigung wurde. Dieses mußte den ganz ener- gischen Widerstand der Arbeitervertreter hervorrufen. Bei dieser Sache spitzte sich das Verhältnis so weit zu, daß die Verhand- lungen abgebrochen werden mußten; an der Savindigkeit der Metallindustriellen scheiterte jede Verhandlung. Den Verhand- lungsteilnehmern wurde damals schon klar, daß der Verband der Metallindustriellen unter allen Umständen die ihm verhasste Organisation durch einen Kampf zu schwächen versuchte, um den Weg zum Abbau der Löhne frei zu haben. Doch unter diesen Umständen den Arbeitern der Schuld daran ist, ist leicht erklärlich. Bedauerlich ist, daß durch einen öffentlichen Brief am 17. September 1919 der Arbeitsminister Schilde erklärte, „ein Anlaß zu Kampfmaßnahmen dürfte noch nicht gegeben sein“. Das war das Zeichen für die reaktionäre Prehmeute. In ungeschliffenen Kritiken beschimpfte und beschwungte man die Berliner Metallarbeiter, die nach fünfmonatiger Verhandlung am Ende ihrer Schuld war. Von unserer Organisation sind bis jetzt 500 bis 600 Berufskollegen, Maler und Lackierer, an diesem Kampfe beteiligt. Was die Löhne anbetrifft, sind die Lackierer und Maler fast das fünfte Teil von denen, die die Erhöhung ihrer Lohnsätze begründet sich schon durch die erhebliche Ver- teuerung der Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs, die erhöhten Steuerleistungen und den starken Verbrauch ihrer Kleidungsstücke, die während des Krieges nicht zu ersetzen waren. Um den Vergehungen und Verdrängungen entgegenzutreten, sah sich die Streikleitung genötigt, 80 Gewerkschaftsversammlun- gen einzuberufen; diese wurden jedoch vom Polizeipräsidenten verboten. Das Versammlungsrecht der Gewerkschaften wurde dadurch illusorisch gemacht. Trotzdem versuchte die Arbeiterkraft von ihrem elementarsten Rechte Gebrauch zu machen, um die notwendige Aufklärung zu schaffen. Die Versammlungen wurden aber durch Militärtruppen aufgelöst. Versammlungsleiter und Referenten wurden verhaftet. Leider mußte auch hier wieder Arbeiterblut in den Straßen Berlins fließen.

Die Gefahr eines allgemeinen Ausstandes ist dadurch in greifbare Nähe gerückt. Zurzeit beträgt die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten 190 000. Die von Seiten der Industriellen- Kommission und des Metalltarifs angebahnten Verhandlungen zur Beilegung des Kampfes sind leider gescheitert. In dieser Situation appellieren die Berliner Kollegen an die gesamte Arbeiterkraft Deutschlands, sie in diesem gerechten, rein wirt- schaftlichen Kampfe moralisch zu unterstützen.

Da die Parteien die vom Reichsarbeitsminister Schilde vorgeschlagene Verhandlungsgrundlage angenommen haben, ist zu hoffen, daß der Kampf bald beigelegt wird.

Die Sektionsleitung.

Da die Parteien die vom Reichsarbeitsminister Schilde vorgeschlagene Verhandlungsgrundlage angenommen haben, ist zu hoffen, daß der Kampf bald beigelegt wird.

Aus unserm Beruf.

Freiberg i. S. In einer öffentlichen Versammlung der Freiburger Malergehilfen referierte Kollege Zeyssmann, Dresden, über das Thema: „Der Widerstand der Unternehmer gegen die Verbesserung unserer Kollegen.“ Er führte aus, daß der Maler- gehilfe in Freiberg 80 bis 85 % pro Stunde weniger verdient, als die übrigen Bauhandwerker; aus diesem Grunde seien am 15. September an die Freiburger Meister Forderungen um einen gerechten Ausgleich des Lohnes eingereicht. Unter den heutigen Verhältnissen sei es unmöglichkeit, mit den bestehenden Löhnen auszukommen. Trotzdem der krasse Lohnunterschied bestehe, hätten die Freiburger Arbeitgeber die Forderungen unserer Kollegen glatt abgewiesen. Der Redner zeigte an einigen Beispielen, wie bereits früher die hiesigen Arbeitgeber ihre soziale Unfähigkeit bewiesen haben und auch heute in diesen Kreisen nichts von dem neuen Geist zu spüren sei. Schuld an diesen Zuständen sei zum Teil die Würdelosigkeit einzelner Kollegen gegenüber den Unternehmern, andererseits aber auch die Zersplitterung in den Reihen der Arbeiterkraft. Nicht durch rabiotöse Meuten und Gesetzverordnungen sind unsere Ziele zu verwirklichen. Außerdem habe uns die Er- fahrung gelehrt, daß wir durch unsere zentralen Verhandlungen die Verbesserung der Lebenslage unserer Kollegen durchführen könnten. Wir werden auch jetzt nach den zentralen Verhand- lungen erneut an die Freiburger Arbeitgeber herantreten und unsere Forderungen zur Durchführung bringen. Notwendig sei aber hierbei, daß unsere Kollegen durch einheitlichen Zusammen- schluß beweisen, daß es ihnen mit der Durchführung der Forderungen auch Ernst sei. Deshalb muß das Zusammen- gehörigkeitsgefühl mehr als bisher gepflegt werden. Es kam dieses auch in der darauf folgenden Ansprache zum Ausdruck. Dabei wurde betont, daß, wenn die Unternehmer in unserm Gewerbe in Zeiten wirtschaftlich schlechter Konjunktur uns alles zu bieten wagen, sie nicht darüber zernern sollen, wenn wir in einer guten Konjunktur uns das zu erreichen suchen, was in andern Berufen längst durchgeföhrt ist. Eine Verständigung sei bei beiderseitigem Entgegenkommen und Erfüllung der Verhältnisse meist zu erzielen. Wollen die Unternehmer den gewerblichen Frieden, so sind wir dazu bereit; wollen sie den Kampf, so sollen sie ihn haben. Dieses kam in der Versammlung klar zum Ausdruck. Mit einem Appell an die Kollegen, ihren Worten auch durch Stärkung der Organisation bei richtigen Nachdruck zu verschaffen, erfolgte Schluß der Versammlung.

München. Bei der am 2. Oktober stattgefundenen Wahl eines Geschäftsführers für unsere Filiale wurde Kollege D o l p, unser bisheriger 1. Vorsitzender, mit großer Stimmenmehrheit gewählt. Es haben sich nur 4 Kollegen an diese Stelle be- worden, woraus zu schließen ist, daß bei unsern Kollegen kein großes Bedauern vorhanden ist, Gewerkschaftsführer zu werden. Die Mehrzahl der Kollegen sprach sich dahin aus, daß wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur einen ortsanfässigen Kollegen, der in alle Verhältnisse eingeweiht ist, für diesen Posten in Betracht ziehen können. Dieser Standpunkt wurde durch die Wahl auch gutgeheißen.

Die im Frankfurter Wohngebiet beschäftigten Maler- und Weißbindernehligen nahmen am 4. Oktober in einer Ver- sammlung im Gewerkschaftshaus zu dem Resultat der britischen Verhandlungen über eine Teuerungszulage Stellung. Kollege Rütz berichtete, daß die schon am 28. August dieses Jahres von dem Zentralvorstand des Verbandes eingeleiteten zentralen Verhandlungen durch das Verhalten der Arbeitgeber immer wieder verschleppt wurden, so daß sie bis heute noch nicht stattgefunden haben. Um einer Verzögerung durch die zentralen Instanzen vorzubeugen, wurden von der hiesigen Filiale die Forderungen der Gehilfen zu gleicher Zeit auch direkt erhoben. Nachdem sich die britische Arbeitgeberorgani- sation anfänglich unter Hinweis auf den Reichstaxivertrag weigerte, in Verhandlungen einzutreten, stimmte sie nach wieder- holtem Drängen der Verbandleitung den Forderungen der Gehilfen auf Gewährung der Teuerungszulage von 30 % für die Stunde unter Vorbehalt des zentralen Ergebnisses zu. Doch soll die Zulage erst vom 6. Oktober an in Kraft treten und nicht, wie in Aussicht gestellt war, vom 29. September an. In der Diskussion verurteilten alle Redner in scharfer Weise das Verhalten der Arbeitgeber, die die zentralen Verhandlungen immer wieder hinauszuschieben versuchten, um den Gehilfen möglichst lange die Teuerungszulage vorenthalten. Auch das Verhalten der britischen Arbeitgeberorganisation, die die Ge- währung der Teuerungszulage nur nochmals um 8 Tage hinausgeschoben hat, wurde scharf verurteilt und die Meinung der Versammlung in nachfolgender Entschlieung zum Ausdruck gebracht:

Die am 4. Oktober im Gewerkschaftshaus tagende Ver- sammlung des Verbandes der Maler und Weißbinder bebatnert auf das entsetzliche, daß die Arbeitgeber die geforderte Teuerungszulage erst vom 6. Oktober an gewährt haben, anstatt, wie in Aussicht gestellt, vom 29. September an. Sie hätte in Anbetracht der gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse und des bevorstehenden Winters etwas mehr Entgegenkommen von den Arbeitgebern erwartet und bedauert deren wenig soziale Rücksicht- nahme und Verständnis für die gegenwärtige Zeit.

Unter Verhinderung der durch die Arbeitgeber verschleppten zentralen Verhandlungen stimmten die Versammelten der ge- währten Teuerungszulage zu, erblickten jedoch in der verspäteten Auszahlung eine Schädigung ihres Einkommens. Eine gewalt- same Durchbrechung des Tarifvertrages kann die Versammlung in der Bewilligung der Teuerungszulage nicht erblicken, sondern sie sieht darin nur einen minimalen Ausgleich gegenüber der fortschreitenden Teuerung.

Der Stundenlohn inklusive Teuerungszulage für das Wohn- gebiet Frankfurt a. M. beträgt nunmehr ab 6. Oktober für Gehilfen über 20 Jahre M. 2,50 die Stunde und für Gehilfen unter 20 Jahren M. 2,37. Für die Wohngebiete D ö s s l a u, W. und O f f e n b a c h wurde durch Vereinbarung mit den dortigen Arbeitgeberorganisationen die gleiche Teuerungszulage fest- gesetzt, ebenso für das Wohngebiet S a n a u eine Zulage von 20 % die Stunde.

Kollege Rütz berichtete noch, daß die neugebildete Lehr- lingsabteilung bereits einen großen Teil der jugend- lichen Kollegen erfasst hat und diese mit jugendlichem Eifer für ihre Sache tätig sind. Zur Weiterbildung und Förderung ihrer allgemeinen Interessen sind bereits sachgewerbliche Vorträge und allgemein bildende Veranstaltungen in Aussicht genommen.

Mit den Arbeitgebern wurde eine Vereinbarung getroffen, demgemäß auch die Löhne der Lehrlinge den bestehenden Ver- hältnissen angepaßt werden. Es erhalten die Lehrlinge im ersten Lehrjahre ein Gehalt, im zweiten Jahre ein Viertel und im dritten Jahre ein Drittel des Stundenlohnes eines Gehilfen über 20 Jahre, mithin im ersten Jahre 40 %, im zweiten Jahre 60 % und im dritten Lehrjahre 80 % die Stunde. Mit einem Appell an die Kollegen, die Lehrlinge freundlich auf die Lehrlingsabteilung aufmerksam zu machen und sie der Organisation zuzuföhren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gegner des Achtstundentages im Malergewerbe.

Wir berichteten in Nr. 17 des „Vereins-Anzeiger“ über einen Vortrag des Vorstandes des Schöndorfer Malermeister- verbandes beziehungsweise seines Vorstehenden, des bekannten Zentrumsabgeordneten Malermeister F r i, durch eine E i n g a b e an die Nationalversammlung gegen den A c h t s t u n d e n t a g im M a l e r g e w e r b e. Später (Nr. 34) stellten wir dann fest, daß die Eingabe, deren Wortlaut von uns mitgeteilt worden war, nach Ansicht des Sozialen Ausschusses der Nationalver- sammlung der Regierung als Material unterbreitet werden solle. Beugte das auch nicht von einem nennenswerten Erfolg des Herrn F r i, der in den Verhandlungen des Sozialen Aus- schusses übrigens mit der banalen Bemerkung operiert hat, daß die haptischen Gehilfen gern länger als 8 Stunden arbeiten möchten, so ist er im Plenum der Nationalversammlung vollends abgefallen.

Dieses verhandelte am 4. Oktober über den Beschluß des Sozialen Ausschusses. Hier trat nun unser Kollege M ö h l e (Blauen), wie wir aus dem stenographischen Bericht erfahren, mit durchschlagenden Gründen, besonders aber mit dem Hinweis darauf für U e b e r g a n g zur T a g e s o r d n u n g über die Petition ein, daß der Achtstundentag im Malergewerbe durch Reichstaxivertrag geregelt sei und keine Verantwortung darübe, auf diese selbstgeschaffene Regelung der Arbeitgeber- und Gehilfen- organisationen einzuwirken. Hierauf wurde der Antrag M ö h l e auf Uebergang zur Tages- ordnung glatt a n g e n o m m e n. Trotz dieser Abgabe an solch rückschrittliche Bestrebungen möchten wir unsere Kollegen doch ersuchen, die Augen offen zu halten, am Achtstundentag festzu- halten, und ihn weder durch unndütiges L ä n g e r a r b e i t e n noch durch sogenannte A f s c h a r b e i t zu durchbrechen.

Sozialpolitisches.

Eine Verbesserung des Brotes wird demnächst eintreten. Die Verbesserung soll dadurch erreicht werden, daß das Brot- getreide nicht mehr wie bisher zu 94 pSt. ausgemahlen wird. Die Ausmahlung soll vom 15. Oktober an nur noch betragen bei Roggen 82 pSt., bei Weizen 80 pSt. und bei Gerste 75 pSt. Die Mählen haben bereits entsprechende Anweisung von der Reichsgetreidestelle erhalten. Da die noch vorhandenen Mehl- vorräte zuerst aufgebraucht werden müssen, wird das bessere Brot voraussichtlich erst Ende des Monats Oktober hergestellt werden können. Das nicht gerade beliebte Kriegsbrot wird also bald verschwinden. Damit wird ein langgeheuter Wunsch der Konsumenten endlich erfüllt. Zwar ist mit der Ver-

besserung eine Preisverhöhung verbunden, deren Höhe noch nicht genau feststeht. Sie dürfte jedoch für die Konsumenten nicht allzu sehr ins Gewicht fallen, weil das Reich voraussichtlich einen größeren Zuschuss zu den Mehrkosten beisteuert. Der Vorteil der niedrigen Ausmahlung liegt nicht nur darin, daß das Brot besser, schmackhafter und leichter verdaulich wird, sondern auch darin, daß eine größere Menge Kleie verbleibt, die für die Aufzucht unserer Schweine und insbesondere auch für die Milchviehwirtschaft notwendig ist. Die Nationierung bleibt bis auf weiteres aufrechterhalten, weil wir mit unseren Beständen immer noch sparsam wirtschaften müssen, um nicht gezwungen zu werden, aus dem Auslande große Mengen einzukaufen. Das ausländische Getreide durch den schlechten Stand unserer Wälder und die hohen Transportkosten erheblich teurer kommt als unser inländisches Produkt, ist bekannt. Die Möglichkeit einer Erhöhung der Nation kann erst erörtert werden, wenn eine zuverlässige Beurteilung des Erntergebnisses vorliegt.

Arbeiterversicherung.

Kriegsgefangene, wahret Eure Rechte! Nach Ausbruch des Krieges hat nur ein kleiner Teil der Kriegsteilnehmer von dem Rechte, die freiwillige Mitgliedschaft bei der Krankenkasse aufrechtzuerhalten, Gebrauch gemacht. Da nun jetzt unsere Kriegsgefangenen heimbeordert werden, so wollen wir darauf aufmerksam machen, daß sie nach dem Notgesetz vom 4. August 1914 und im Anschluß daran erlassener Bundesratsverordnungen vom 28. Januar 1915 und 16. November 1916 das Recht haben, binnen 6 Wochen nach der Rückkehr in die Heimat derjenigen Krankenkasse, der sie bei der Einberufung zum Heere angehört haben, in einer beliebigen Lohnstufe als freiwilliges Mitglied wieder beizutreten. Der Wiedereintritt in die Krankenkasse darf den entlassenen Kriegsteilnehmern, wozu auch die Kriegsgefangenen zählen, selbst dann nicht verwehrt werden, wenn sie teilweise oder gar gänzlich erwerbsunfähig sind. Die Aufnahme von der Beibringung eines ärztlichen Attestes abhängig zu machen, ist nicht zulässig. Die Krankenkassen müssen jetzt jeden kranken oder verwundeten Kriegsteilnehmer innerhalb 6 Wochen nach der Rückkehr in die Heimat aufnehmen und ihn im Bedarfsfalle unterstützen. Dies ist eine große Vergünstigung für die zur Entlassung gekommenen Kriegsteilnehmer, namentlich auch für die jetzt heimbeordneten Kriegsgefangenen. Sofern sich darunter Kranke oder Verwundete befinden, sei auf nachstehende Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 6. März 1919 besonders hingewiesen:

Der Kriegsteilnehmer F. in Hamburg war dort seit Jahren Mitglied der Ortskrankenkasse für kaufmännische Geschäfte, als er im Februar 1915 zum Heeresdienst einberufen wurde. Am 7. August 1916 erlitt F. eine Verwundung am Rücken, kam am 6. September 1916 in ein Hamburger Krankenhaus und wurde am 1. Oktober 1917 aus dem Heeresdienst entlassen. Am 9. Oktober 1917 beantragte er dann auf Grund der Verordnung vom 18. November 1916 seine Weiterversicherung bei der genannten Krankenkasse, und da er immer noch erwerbsunfähig, ja sogar hilflos war, gehörte er auch sofort von dem Wiedereintritt in die Klasse an die tatungsgemäße Unterstützung. Der Zustand des F. war derartig, daß er auf einem Wasserkrillen liegen mußte, ständig ärztlicher Kontrolle und dauernd eines Wärters bedurfte. Besserung war gänzlich ausgeschlossen. Am 31. Januar 1918 erlag er seinem schweren Leiden. Auf erhobene Klage verurteilte das Reichsversicherungsamt Hamburg die Klasse zur Zahlung des Sterbegeldes, der Anspruch auf Krankengeld wurde jedoch abgewiesen. Nach eingereichter Berufung verurteilte das Oberversicherungsamt Hamburg die Klasse auch noch zur Zahlung von M. 868,40 Krankengeld. Die von der Klasse eingereichte Revision wies das Reichsversicherungsamt am 5. März 1919 zurück. Aus der Begründung sei unter anderem folgendes hervorgehoben:

„Die Beilagte vertritt den Standpunkt, bei der dauernden vollkommenen Erwerbsunfähigkeit des F. könne von einer „Rückkehr in die Heimat“ im Sinne des § 8 des Gesetzes vom 4. August 1914 nicht die Rede sein, weil dabei davon ausgegangen werden müsse, daß eine Erwerbsfähigkeit wenigstens im gewissen Umfang wieder aufgenommen werden

könne. Es wäre aber gekünstelt und würde nicht verstanden werden, wenn man in einem solchen Falle die „Rückkehr in die Heimat“ nur deshalb verneinen wollte, weil der Kriegsteilnehmer durch schwere Verwundung an der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit verhindert ist. Wenn auch der Wiedereintritt solcher Schwerkranken, ja hilflosen entlassenen Kriegsteilnehmer für die Krankenkassen eine erhebliche Last bedeutet, so können die Spruchbehörden jedoch hier keine Abhilfe schaffen. Vielmehr müsse es der Unterstützung der hierfür zuständigen Organe des Reiches überlassen bleiben, ob und inwieweit den Krankenkassen, die durch die Folgen des Krieges an sich schon in schwere Bedrängnis gekommen sind, durch außerordentliche Maßnahmen zu helfen sei.“

Bei der herrschenden Arbeitslosigkeit ist es gar nicht abzusehen, wann die entlassenen Kriegsgefangenen in Arbeit treten können. Deshalb ist der Wiedereintritt in die Krankenkasse für sie von großem Wert. Namentlich aber trifft dies für kranke und erwerbsunfähige Kriegsgefangene zu, die sofort nach dem Eintritt in die Klasse schon unterstützungsberechtigt werden. Wägen sie nun in ihrem eigenen und im Interesse der Familie sofort nach ihrer Rückkehr in die Heimat von dem Rechte des Wiedereintritts in ihre frühere Krankenkasse Gebrauch zu machen.

Vom Ausland.

Beschlüsse des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Vom 2. bis 4. Oktober hat in Amsterdam eine Sitzung des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes stattgefunden. Regilgkeit der Zulassung der deutschen und österreichischen Vertreter zur Washingtoner Konferenz hat sich das Bureau auf den Standpunkt gestellt, daß die getroffene Regelung, daß die betreffenden Delegierten nicht direkt eingeladen werden, sondern daß ihnen freigestellt wird, nach Amerika zu kommen, um von der Konferenz selbst zu erfahren, ob sie zugelassen werden, nur eine Formsache sei. Man glaube daher die Bedingungen des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftskongresses erfüllt und hat die dem Internationalen Bund angeschlossenen Gewerkschaften aufgefordert, Vertreter zu entsenden. Ferner wurde beschlossen, in Washington ein Bureau einzurichten und die Arbeitervertreter und ihre Vertreter vor Zutritt der Konferenz zu einer Besprechung zusammen zu berufen.

Für die Zwecke des Amsterdamer Bureau soll ein Haus angekauft werden. Vom 1. Januar ab soll ein Bulletin in französischer, englischer, deutscher und spanischer Sprache herausgegeben werden; für später wurde in Aussicht genommen, noch eine spanische Sprache und italienische hinzuzunehmen.

Das Bureau wird monatlich zusammenzutreten; die erste Zusammenkunft des Vorstandes soll im März 1920 stattfinden. Wegen des Standes der Sozialisierung in den einzelnen Ländern sollen den Landeszentralen Fragebogen zugehen. Verehend eine Untersuchung der Verhältnisse in Rußland wurden Schritte eingeleitet; auch soll versucht werden, eine Besserung der Lage der Gewerkschaften in den Balkanstaaten herbeizuführen.

Um die französische Regierung und den Obersten Rat der Entente soll wegen schleuniger Heimführung der Kriegsgefangenen herangetreten werden.

Die Argentinischen Gewerkschaften wurden in den Internationalen Bund aufgenommen; die beiden anwesenden Vertreter Argentiniens wurden ersucht, auf den Anschluß der Gewerkschaften der übrigen Länder Südamerikas hinzuwirken. Die nächste Sitzung soll am 11. Dezember stattfinden.

Fachtechnisches.

Patentschau. Zusammengefasst vom Patentbureau Krueger, Dresden.

Angemeldete Patente: Nr. 75 o. 22. H. 75 662. Hiesl & Co., Leipzig-Schönefeld; Eprylverfahren zum Anstreichen von Massenartikeln. 27. November 1918. — Nr. 75 o. 5. M. 57794. Metallator G. m. b. H. in Elqui, Berlin; Verfahren zur Herstellung von Metallüberzügen durch Ausschleudern von feinsten Staubteilchen. 22. März 1918.

Gebrauchsmuster: Nr. 75 o. 718 871. Carl Danneberg, Nürnberg; Wasserabfuhrvorrichtung als Grog des Zupfchwammes. 18. August 1919. — Nr. 75 o. 718 729. Karl W. Geling, Leipzig; Schablone zum Schreiben von gleichmäßigen Schriftzügen. 7. Juli 1919. — Nr. 75 d. 718 455. Frau C. Parade, Leipzig;

Mit Zeichnungen bereitere Platte. 23. Juli 1919. — Nr. 75 o. 718 882. Karl Heinrich, München; Durchschlapparat. 20. Juli 1919. Erteilte Patente: Nr. 274. 2. 205 622. K. Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer, Leverkusen b. Köln a. Rh.; Trocknsmittel. 2. September 1917.

Literarisches.

Die Religion des Sozialismus. Grundlinien einer natürlichen Religion, zugleich ein Versuch einer naturwissenschaftlichen Begründung des Sozialismus von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Klotz. Zu beziehen von der Verlagsleitung des Verlages für sozialistische Lebenskultur, Weimarer Str. 18, unter Einbindung von M. 4,90 für das gebundene oder M. 2,25 für das gebundene Exemplar (Postkonto Leipzig Nr. 65576) Bei Nachnahme legt 50 % Gebühr.

Die Natur ist dem Verfasser „unser aller Mutter“. Wir sind ein Stück Natur geworden, wie alles um uns, darum haben die „ewigen, ehernen, großen Gesetze“ ewiger Naturentwicklung auch im Menschheitsleben richtunggebend zu sein. Der Verfasser sucht diese Gesetze an einer großen Anzahl von Beispielen in unerhittlicher Logik zurückzuführen auf ein einziges Prinzip alles Lebens, ein Prinzip, das heute im Kapitalismus allerdings niedergedrückt wird, das erst zum Siege geführt wird im Sozialismus. Und dort wird es sich entfalten als Liebe. Die Natur ist in ihrer Vollendung Sozialismus, Liebe. Das Buch zeigt in einer klaren Sprache und mit wohlthuender Wärme, wie der Sozialismus das Glück ist, Natur, Religion, Liebe, alles zugleich. Viele finden in diesem Buche eine Schönheit der sozialistischen Welt, wie sie sie niemals ahnen, und was für uns das Wesentliche ist: alle werden den Gewerkschaftslämpchen, der dem Verfasser ein Stück seines religiösen Erlebens ist und den er ohne religiöse Stellungnahme als den Kampf um eine irdische Weltanschauung in unserm Vaterland als Mitarbeiter so oft behandelt hat, alle werden diesen ihren Gewerkschaftskampf in einer reichen, sonnigen Wärme. In schönster Weise ist das Buch geeignet, jeden einzelnen mit seiner Organisation zu einer innigen Einheit zusammenzuführen mit einem warmen Feuer des Herzens. Liebe ist auch unser „höchstes, schönstes, letztes Ziel“. Wir können unsern Kollegen das Buch nur aufs wärmste empfehlen.

Von der „Gleichheit“. Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ist Nr. 24 erschienen. Aus dem Inhalt ist besonders bemerkenswert der Leitartikel, in dem Frau Keller das Betriebsrätegesetz behandelt. Die Artikelserie „Sozialisierung der öffentlichen Wohlfahrtspflege“ findet in dieser Nummer ihren Abschluß. Diese Nummer enthält auch die Beilage „Für unsere Kinder“. Da möchten wir besonders auf die schönen und lehrreichen Erzählungen aufmerksam machen, die Martin Egibus (Karl Dieck) „Wanderungen durch Wunderwelten“ benannt.

Die Münchener Tragödie. Unter diesem Titel hat die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ in Berlin eine Schrift herausgegeben, die die Entstehung, den Verlauf und den Zusammenbruch der Aöterrepublik München behandelt.

Der moralische Zusammenbruch der E. D. D. bezieht sich eine Schrift, die soeben vom Verlag der „Freiheit“ in Berlin herausgegeben wurde. Der Preis dieser Schrift ist 50 %.

Sterbetafel.

Frankfurt a. M. Am 1. Oktober starb unser Kollege Ferdinand Haus, geboren am 20. April 1876 zu Fribstadt an der Elbe. Hamburg. Am 11. Oktober starb unser Mitglied H. Speckahn, 21 Jahre alt. — (Neu für alle). Im Oktober starb unser Mitglied Wald Stupenitz, 22 Jahre alt. Ihre ihrem Andenken!

Vom 26. Okt. bis 1. Nov. ist die 48. Beitragswoche.

Malerschule Berth i. A.

Fachschule für Dekorationsmalerei. Kurse für Holz - Marmor - Schichten. Meisterprüfung am Schluß des Semesters. Auskunst und Prospekt durch die Direktion.

Malerkittel

aus echtem Leinen, kein Ersatzstoff, pro Stück 19,50.



Lichte grüne oder blaue Dreiljappe lange Form, pro Stück 23,50.

Als Maß erbitte ganze Körperlänge von Kopf bis Fuß, ob 8 blank, mittel oder stark.

Versand gegen Nachnahme. — Julius Hamerschlag, Halle a. d. S. 9.

Streichbürsten

Pinjel aller Art in Friedensqualität zu billigen Preisen liefert H. W. Witts, Berlin S 39, Fichtstr. 2.

Kriegsbeschädigten-Spezialkurse

in Holz, Marmor, Glas, Stein, Plak., u. Dekorationsmalerei. (Überall höchst prämiert.) Beginn 27. Oktober d. J. Kriegsteilnehmer. Bedeut. Preisermäßigung. Prospekt durch die Direktion.

Fachlehrbücher ersten Ranges mit vielen Abbildungen.

Der Dekorationsmaler u. Stubenmaler 7,50. Die Holz- u. Marmor-malerei 22,00. Mod. Monogramme 7,15. Aquarellmalerei 8,00. Dekorationsmalerei 9,00. Porzellanmalerei 6,00. Hinterglasmalerei 2,20. Der pratt. Farben-Dekorator 5,50. Farbenharmonie 2,00. Wasserfarben, Mal- u. Stufenmittel 6,00. Handmischermappe 10. Firmen-schreiber 10. Einfache Firmen-schreiben 11,45. Vorlagen für Firmen-schreiber 12,00. Mod. Handschriften 7,15. Mod. Plakat- und Plakatschreiber 12,00. Schriften 9,00. Hierarchien 12,00. Der Tapezierer u. Dekorateur 12,00. Die Schule des Tapezierers 15. Das Ausschneiden mod. Dekorations- 6,00. Rechenhefter 4,70. Lohnrechner 2. 6000 Beispiele zu Handelsartikeln 10. Privat- u. Geschäftsbriefsteller 5,50. Buchführung 5,75. Rechnen 5,75. Richtig Deutsch 5,75. Französisch 5,75. Englisch 5,75. Politisch 5,75. Fremdwörterbuch 5,75. Rechtschreibung (Duben) 7,15. Rechtsformularbuch 5,75. Taschenbuch des allgemeinen Wissens 4,40. Lehrbuch für Kaufleute 15. Der Handwerker als Kaufmann 7,25. Unter Lohn u. seine Gatte 5,75. Langjahrbuch 2,25. Die Gabe der gemachten Unterhaltung 5,20. Preisgekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft 12,25. Gartenbuch 3,75. Gegen Nachnahme. L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin 40 A E, Minnestr. 21.

Ren! Seite 9. GROHMANN Seite 9. Ren!

33 Tafeln, vornehme, farbige Ausführung 1,30 geg. Nachnahme. Blumensträuße, tapetenartige gebaute Wandmuster, Boden, Säulen, Gärten, Treppenhäuser, Antiken für Möbel, Plakate, Bänder, Plakette. Paul Grohmann, G. m. b. H., Schöneberg, Dresden-A. 16, Bäckerstraße 28.

Praktischen Unterricht für Holz- und Marmormalerei erteilt A. Prichmann Nachf. Oswald Achermann, Hammerburg, Weyhern. Man verlange Prospekt

Geld verdienen

ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigungsloser, ob im Damp- oder als Nebenerwerb, der sich sofort meine Buchhabenspausen zur Anfertigung von Brillant-Plakaten, Malereien sowie auch zur Herstellung von Plakaten aller Art zuwenden läßt. Mit Hilfe meiner Buchhabenspausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Plakatenmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Plakatenmalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Vorzügliches sind. Ganze Serie Buchhabenspausen, bestehend aus 14 Doppelalphaneten (jedes Alphanet 20 große und 20 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Höhen von 1/2 bis 5 mm) sowie Zahlen, Zeichen und Bergierungen in 4 verschiedenen Höhen; nebst fertigen Alphaneten im Werte von allen A. 5,50, einem Alphaneten mit geschlossener Facette und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serie nur A. 12 gegen Nachnahme, oder gegen Einzahlung von A. 12 Frankozahlung. Albin Hetschler, Walter, Silberl. u. Hohenland.

Garantiert reines gekochtes Leinöl

(Leinölmilch)

Bei Abnahme von 5 kg Mk.	18,50 p. Kilo, excl. Emb.
„ „ „ 10 „	18,25 „ „ „
„ „ „ 25 „	17,75 „ „ „
„ „ „ 50 „	17,25 „ „ „
„ „ „ 100 „	16,75 „ „ „
„ „ „ 170 „	16,00 „ „ „

Oelbleiweiß, garantiert rein (Friedensware)

in Hecksacks von 25 und 50 kg A. 2,25 pro Kilo excl. Emb. liefert prompt ab Hand Heinrich Koll, Oel-Import, Köln Fabrikation techn. Oel, Farben, Lacke und Firnisse Telefon: A 2024. Telegramm-Adresse: Koll, Harzprodukte.

Malerschule Buxtehude

1877. Kriegsbeschädigten-Kurse. Größte Schule für Dekorationsmalerei. Goldene Medallion u. Ehrenpreis. Prospekt durch die Direktion.

Wenn Sie hing sind,

lassen Sie sich Zoppen, Mäntel, Anzüge usw. für den Herbst und Winter aus neuen

Mit Ihrer Schlafdecken

1,90 x 1,40 groß, pro Stück A. 18,50 anfertigen; denn es gibt keine andern Stoffe so preiswert und haltbar (kein Wollgeweb). Musterbude gegen Nachnahme versendet.

Gustav Scherzer,

Textilwaren, Berlin I. 62.

Jeder Malergehilfe

verlange gratis eine Probennummer des „Dekorationsmaler“ vom Verlag Klotzbarth, München 29.

Nr. 41 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.